

durch Kellerfenster mit Nachschlüsseln und Hunden eingedrungen wird und zur gleichen Zeit die so behandelten DDR-Bürger mit Bescheidenheitsappellen bedacht werden oder, wie es in einem Westberliner Flugblatt heißt, man solle „ihre“ unbegründeten Sorgen ins Kalkül ziehen!

Was ins Kalkül einbezogen werden muß, sind die Eigentumsrechte der DDR-Bürger und -bürgerinnen, und wir brauchen eine Verfassung, in der der Schutz des Eigentums dieser Leute zum Verfassungsauftrag an die Regierung wird.

Diese Verfassung liegt vor, von Bürgern und Bürgerinnen dieses Landes, verschiedensten Parteien ausgearbeitet unter Mitwirkung namenhafter Gelehrter aus Ost und West.

Das Symbol - damit möchte ich schließen, meine Damen und Herren - dieser Verfassung ist das Zeichen „Schwerter zu Pflugscharen“, ein Zeichen, das schon viel glossiert und belächelt worden ist.

Ich kann dieses Symbol nicht belächeln. Meine Kinder sind dieses Zeichens wegen polizeilicher Repression ausgesetzt gewesen.

Und ich habe noch einen anderen Grund, dieses Zeichen als das Siegel einer neuen Verfassung unseres Landes zu begrüßen; denn wer einmal auf dem Platz der Vereinten Nationen in New York gestanden hat, der wird gemerkt haben, daß dieses Symbol das Symbol einer neuen Epoche ist,

(Unruhe im Saal)

der Epoche, die aus dem Grauen der Weltkriege und aus der Absurdität der Militärbündnisse, einer Absurdität, die von jungen Leuten in unserem Land gar noch beschworen werden soll im Interesse und unter Berufung auf die Verfassung, einer Epoche, die aus den barbarischen Kriegsspielen heraus gewachsen ist zur Einsicht darin, wie es in der Atlantik-Charta gesagt worden ist, daß man aus moralischen und ideellen Gründen auf den Gebrauch von Gewalt verzichten müsse. Und die Vorkommnisse in Köln vom gestrigen Abend zeigen ja, wie aktuell das ist.

Das sind die Gründe, meine Damen und Herren, mit denen ich die Ehre habe, diese beiden Anträge einzubringen.

Es ist verschiedentlich in diesem Hause davon die Rede gewesen, daß man dieses Dokument, aus dem der Herr Ministerpräsident den Eid entnommen hat, ja gar nicht kenne. Ich darf darauf hinweisen, daß die Fraktion Bündnis 90/Grüne 420 Exemplare dieser Verfassung zur Verfügung stellen kann. Wir haben sie nicht auf die Sitze verteilen lassen, anderen folgend, wir wollten ja nicht provozieren; denn es wird uns zu oft nur das Allerschlechteste unterstellt. - Ich danke Ihnen.

(Heiterkeit - Lebhafter Beifall, vor allem beim Bündnis 90/Grüne und bei der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Die beiden Anträge stehen zur Aussprache. Zunächst für die Fraktion der CDU/Demokratischer Aufbruch der Abgeordnete Becker.

Becke r(CDU/DA):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf noch einmal für die Fraktion der CDU/DA die Position bekräftigen, alle Schritte auf dem Wege zur deutschen Einheit konzentriert und mit sicherem Gefühl zu gehen. Welche ungeheure Aufgabe das im einzelnen bedeutet, wird sichtbar an den notwendigen Rechtsangleichungen, die zur Vorbereitung des Staatsvertrages zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion umzusetzen sind.

Was würde es bedeuten, diesen Vertrag nicht, wie zeitlich geplant, abzuschließen? Nicht nur, daß uns unsere Wähler Unfähigkeit vorwerfen würden, das würden sie mit Recht als Verrat ihrer Interessen betrachten.

Ich bitte zu erkennen, daß die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion das einzige Mittel ist, eine Verelendung der DDR zu verhindern.

(Beifall bei CDU/DA und SPD)

Deshalb halten wir nach wie vor die paketweise Anpassung der Verfassung für den zeitgünstigsten und problemlosesten Weg.

(Weiß, Bündnis 90/Grüne: Er sollte zur Post gehen! - Große Heiterkeit)

In dieses Paket sollten bewährte Elemente der 49er und Elemente des Entwurfs des Runden Tisches aufgenommen werden.

Das Ministerium für Justiz ist mit dieser Aufgabe betraut, das Paket vorzubereiten, und wir würden diese Empfehlungen dem Ministerium dringlichst anempfehlen. Das eröffnet den Abgeordneten die Möglichkeit der Beratung in parlamentarisch geordneter Form; und ich möchte hier noch einmal anknüpfen, daß die parlamentarisch geordnete Form mit der Verfassung des Runden Tisches bisher nicht gegeben war, da sie die Adressaten nicht erreicht hat.

(Beifall bei CDU/DA)

Ich möchte nochmals die verfassungspolitische Leistung der Arbeitsgruppe des Runden Tisches hervorheben. Bei den vorliegenden Anträgen 4 und 5 handelt es sich um den Umweg, über den ich bereits auf der letzten Sitzung sprach, und den zu gehen wir, glaube ich, nicht die Zeit haben.

(Beifall bei der CDU)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächster spricht für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Schröder.

Schröder (SPD):

Herr Vizepräsident! Meine Damen und Herren! Zur Sache haben wir uns ja schon einmal an derselben Stelle geäußert. Die Fraktion Bündnis 90/Grüne stellt folgenden Antrag: Der Verfassungsausschuß soll ein Gesetz ausarbeiten. Durch dieses Gesetz soll die Verfassung des Runden Tisches vorläufig in Kraft gesetzt werden. Danach soll eine öffentliche Diskussion stattfinden, danach die endgültige Beschlußfassung. Das ist der Inhalt* dieses Antrages. Diesen Antrag lehnen wir inhaltlich ab.

(Beifall)

Wir sind aber dafür, daß hier offenbar manche Argumente auch noch einmal hin- und hergewendet werden müssen - zu meinem Kollegen Ullmann gewendet, will ich sagen: Gegen Hunde ist die neue Verfassung kein sicheres Schutzmittel -, da offenbar die Argumente noch einmal ordentlich geprüft werden müssen, daß der Antrag zur Diskussion in den Ausschuß überwiesen wird. Das ist für uns eine Frage des politischen Stils. Im Plenum kann die Diskussion nicht breit geführt werden. Die Dinge sollten aber endlich einmal ausdiskutiert werden. Die Opposition soll Gelegenheit haben, ihre Gründe einzubringen, und wir würden uns auch darauf freuen, unsere Gegengründe Vorbringen zu können.

Wir lehnen also den Antrag inhaltlich ab, plädieren aber dafür, daß sich der Verfassungsausschuß Zeit nimmt, diese Frage zu diskutieren. Deshalb kommt es jetzt darauf an, was uns nachher zur Abstimmung vorgelegt wird. Wenn es heißt: Seid ihr für den Antrag? dann würde die SPD sagen: Nein! Wenn die Frage heißt: Seid ihr dafür, daß der Verfassungsausschuß das Problem diskutiert? dann würden wir dafür sein, damit das Plenum entlastet wird und man endlich einmal Argumente in Ruhe ausspricht. - Danke.

(Beifall)